

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 10 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Post 12 Pf. jährlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 10 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Post 12 Pf. jährlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 301. — 86. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff - Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 28. Dezember 1927

„Sechs schwere Jahre“.

Der ehemalige russische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergej Dmitriewitsch Sazonow, ist in Riga, wo er sich seit einigen Tagen aufhielt, plötzlich einem Herzschlag erlegen. Sazonow, der ein Alter von 67 Jahren erreicht hat, war als Nachfolger Iswolskis von 1916 bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1916 Leiter des russischen Ministeriums des Auswärtigen. Seit der russischen Revolution lebte er meist in Frankreich.

Noch stehen wir all dem Geschehen, das zum Weltkrieg führte, viel zu nahe, brennen die Wunden, die er uns schlug, noch allzusehr, als daß wir vergessen könnten, daß Männer es waren, die die Geschichte machen, und wir diesen Männern verachten können, auf deren Schultern



Sazonow.

weltgeschichtlich die Verantwortung für all das Furchtbare liegt. Und zwei Männer sind es, deren Namen verknüpft bleiben mit dem unmittelbaren Ausbruch des Krieges, zwei Männer, die mit fast spielerischer, aber um so freudhafter Hand die Latzwe von Koffen brachten. Sazonow ist es gewesen, der russische Kriegsminister, und Iswolski, Rußlands Außenminister im Jahre des Unheils 1914.

Beide — sprach hier schon das Weltgericht? — starben fern der Heimat. Sazonow hatte in Deutschland eine Heimstätte gefunden, einsam und in Not ist er gestorben. Jetzt ist auch der andere vor einen höheren Richter gerufen worden; aus Riga kam die Kunde von seinem Tode. Ebenso wie Sazonow hat er versucht, in Erinnerungen seine Taten zu erklären, kaum zu recht fertigen. „Sechs schwere Jahre“ nennt er dieses Leben, weil er von 1910 bis 1916 die russische Außenpolitik leitete.

Lenke? Gewiß, denn der „Selbstherrscher aller Reußen“, Nikolas II., war ja ein viel zu schwacher Mann, als daß er die Fäden drinnen und draußen in den weichen Händen hätte halten können. Oder war Sazonow nur Werkzeug von Stärkeren? Des Panlawidschus, hinter dem die Großfürstentumspartei, vor allem der russische Vorkämpfer in Paris, Iswolski, gehandelt hat? Ist's wirklich ein „Verdienst“ des jetzt Verstorbenen, daß die große Krise nicht schon 1912 zum Ausbruch kam, als der Balkan-Krieg wie ein Fanal aufbrannte? Kaum, denn man war noch nicht „fertig“ in Rußland. Das war man erst zwei Jahre später, wie der Kollege Sazonow's, der Kriegsminister, es im April 1914 verkündete. Unter Iswolski hat er sich die außenpolitischen Sporen verdient und dieser Mann blieb ihm Herr und Meister. Vielleicht mag Sazonow gewußt und erkannt haben, wofür der Strom trieb, aber er war zu schwach, dagegen zu schwimmen, ihn abzulernen, selbst wenn er es gewollt hätte. Aber er ist es gewesen — in seinen „Erinnerungen“ schildert er diese dramatische Szene —, der den Faden zum Kriegsschluß bestimmte. Er ganz allein. Er war es, der den Befehl des Zaren, die russische Armee zu mobilisieren — und das war der Kriegsschluß, das wußten beide —, dem Generalstab zu übermitteln hatte, weil die Zentralmächte eine Kapitulation forderten, die „Rußland dem Zaren niemals verzeihen“ werde. Er hat dem Zaren die allgemeine Mobilisierung empfohlen als einzigen Ausweg, als es tatsächlich aber noch eine ganze Reihe von anderen Wegen gab, die Katastrophe zu vermeiden.

Dunkel, geheimnisvoll sind die Wege russischer Politik und russischer Politiker und unangeführt ist noch immer, wodurch oder durch wen Sazonow im Juli 1916 gestürzt wurde. Es war ja alles geistig, die deutschen Truppen standen tief im „heiligen Rußland“ und im Westen waren die Anstrengungen der Entente ebenso geistig wie der Versuch, durch Eroberung Konstantinopels dem bedrängten Rußland zu Hilfe zu kommen. Hatte Rasputin seine Hand im Spiel, weil er den Nachfolger, Stürmer, für deutschfreundlicher hielt? Der Gelehrte, durchaus Vertrauensmann der Entente, sollte als russischer Vorkämpfer nach London gehen, aber es kam nicht mehr dazu. Die Revolution vertrieb ihn. Von Paris aus versuchte er noch, den Kampf der antibolschewistischen Heere zu unterstützen. Auch dies scheiterte. Fast vergessen ist er jetzt geworden; nur die Kunde von seinem Tode löst noch einmal die Erinnerung an all das Furchtbare erleben, das sich an den Namen dieses Mannes knüpft.

Begrenzung der deutschen Reparationen

Revision des Dawes-Plans.

Was soll Deutschland zahlen?

Die kürzliche Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, in der er sich gegen die Anregung im Jahresbericht des Reparationsagenten Parler Silberzweig wandte, Deutschlands Zahlungen endlich auf eine bestimmte Höhe festzulegen, hat bedeutendes Aufsehen in allen beteiligten Ländern hervorgerufen. Poincaré meinte, diese Höhe sei ja längst ausgesprochen, und zwar im Jahre 1921 mit 132 Milliarden.

Eine solche Ungeheuerlichkeit traue man selbst dem sonst an großer Rücksichtnahme kaum kratzenden Herrn Poincaré nicht zu, wenn er sich auch formell an die Beschlüsse von 1921 gehalten hätte. Mittlerweile ist doch zuviel, auch in finanzieller Hinsicht, vor sich gegangen. Die französische Presse erklärte denn auch alsbald, offenbar angeregt von ihrer Regierung, Poincaré habe bei seinen Darlegungen etwas ganz anderes gemeint, und zwar das: Wenn man in Amerika an eine Revision des Dawes-Planes denke, so müßten die Vereinigten Staaten den Anfang machen.

Solle Deutschlands Schuld auf eine wesentlich niedrigere Ziffer gesetzt werden als 1921, so hätte Amerika die Pflicht, seine Forderungen an die europäischen Gläubiger und Teilnehmer des Krieges, Frankreich, Italien, gewissermaßen auch England u. a., herunterzuschrauben. Denn was aus Deutschland an Zahlungen fließt, nehme Amerika wieder von seinen genannten Schuldnern angezogen in Anspruch.

So lang die Sache schon anders und immerhin ließe sich über diese Form der Verminderung von Deutschlands Schuld diskutieren, wenn Poincaré lediglich beabsichtigt hätte, derart einen Druck auf Amerika auszuüben und an der ungläublichen Zahl von 132 Milliarden die Unerschütterlichkeit der Ansprüche der Vereinigten Staaten gegen Europa darzulegen. Denn was Europa zahlen soll, fließt nur aus Deutschland. So der Sinn von Poincarés Rede — wenn die französischen Auslegungen Glauben verdienen.

Die internationalen Auseinandersetzungen

Die Betrachtungen über die Revision des Dawes-Planes in Verbindung mit den Äußerungen Poincarés und Parler Silberzweigs bilden verständlicherweise zurzeit das Hauptthema der politischen Auslassungen der internationalen Presse, in erster Linie natürlich in

Frankreich. „Ceuvre“ schreibt: Der Zahlungsplan von 1921 ist un-ausführbar; dennoch erklärt Poincaré, er bleibe bestehen. Rechtlich gewiß, de facto nein. Wenn der Ministerpräsident sich auf diesen Standpunkt stellt, so allem Anschein nach einzeln und allein deshalb, weil er weiß, daß jede neue Festsetzung der deutschen Schuld nur eine Ermäßigung sein könnte, und daß er Deutschland keine neuen Abschnitte zu bewilligen gedenkt, wenn nicht die Alliierten (Amerika) Frankreich gleichfalls solche gewähren. Der Schlüssel liegt in den Händen Amerikas. „Quotidien“ erklärt: Juristisch änderten die Zahlungsmodalitäten nicht den Betrag, auf den man sich festgelegt habe; praktisch aber werde man ihn unmöglich aufrechterhalten können. Frankreich sei in der Tat bereit, von seinen Gläubigeransprüchen an Deutschland all das abzufreien, was die Vereinigten Staaten und England an ihren Ansprüchen gegenüber Frankreich nachlassen würden, weiter jedoch könne man nicht gehen. „Volonté“ schreibt: Die Ziffer der deutschen Schuld bleibe also 132 Milliarden Goldmark. Das sei für jeden, der nachdenke, eine derartige Absurdität und eine derartige Ungeheuerlichkeit, daß man sie unmöglich betonen könne, ohne gleichzeitig den wesentlich theoretischen Charakter einer derartigen Forderung hervorzuheben. Der Betrag der deutschen Schuld erreiche nicht mehr 132 Milliarden Goldmark, sondern höchstens 40 Milliarden.

England. Zu Poincarés Antwort auf die Anregungen des Generalagenten Parler Silberzweig fährt der „Daily Telegraph“ aus, in streng rechtlichem Sinne sei Poincarés Auffassung, daß die Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark noch Gültigkeit habe, zweifellos richtig; aber er glaube selbst schwerlich an die praktische Möglichkeit der Überweisung derartig hoher Summen. Eine eingehendere Herabsetzung der deutschen Gesamtsumme würde in Frankreich allerdings sogar von einem mehr nach links orientierten Kabinett nur gegen eine Revision der Kriegsschuldenregelung mit England und Amerika zugegeben werden.

Italien. Der „Popolo d'Italia“ beschäftigt sich im Anschluß an die Erklärung Poincarés mit der Frage einer Revision des Dawes-Planes. Er behauptet, daß eine Revision nur mit Zustimmung aller Alliierten erfolgen könne. Das Blatt erkennt aber andererseits an, daß in der öffentlichen Meinung Italiens eine Verminderung der Reparationen keinen Schwierigkeiten begegnen würde, vorausgesetzt, daß Italien dadurch keine größeren Lasten zu tragen hätte. Solange aber die Amerikaner bei ihrer Auffassung verharren, daß die Alliierten, England, Frankreich und Italien, ihre Schuld bis zum letzten Heller bezahlen müßten, könnten die Deutschen ihre Hoffnung auf Verminderung der Reparationslast nicht verwirklichen.

Spanischer Verzicht auf Tanger?

Paris, 27. Dezemb. In den Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über eine Abänderung des Tangestatuts, die in den letzten Monaten auf diplomatischem Wege geführt wurden, ist eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Wie verlautet, hat Spanien auf seine Forderung nach Einverleibung Tangers in die spanische Zone verzichtet und sich mit der Leitung der Polizei und der Befehlshaber an der Hafenregiment von Tanger begnügt. Das Abkommen zwischen Frankreich und Spanien über Tanger soll demnächst in seinen Einzelheiten festgelegt und im Laufe des Januar unterzeichnet werden. Die erzielte Einigung wird England u. Italien mitgeteilt werden, wobei Italien aufgefordert werden soll, sich an der Verwaltung der Stadt und der Zone von Tanger zu beteiligen.

Rundgebung des Deutschen Beamtenbundes.

Verwaltungs- und Verfassungsreform. Die große Vereinigung, der die verschiedenen Beamtenorganisationen mit Ausnahme der sozialdemokratischen angehören, erläßt eine Rundgebung zu den wichtigsten innenpolitischen Fragen. Darin heißt es u. a.: Wenn die Rundgebung der wirtschaftlichen Spitzenverbände dahin zu verstehen sein sollte, daß die Kapitalneubildung in Deutschland nur von der Unternehmenseite her zu erfolgen habe, daß also die Arbeitnehmerschaft in einem Lohnniveau gefangen werden müsse, das ihr Erparnisse nicht ermöglicht, sondern gerade zum Leben ausreicht, oder wenn damit gemeint wäre, daß die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben im jetzigen Umfang ein Luxus sei, dann wäre der Deutsche Beamtenbund nicht in der Lage, sich solchen Auffassungen anzuschließen. Eine glückliche Zukunft des Deutschen Reiches liegt nicht in einer Verwägung des Gegenjahren zwischen Bestehenden und Bestellenden, sondern es liegt im Wesen des Volksstaates, daß die großen Schichten des Arbeitnehmers als gleichberechtigte Faktoren in die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und in den gesamten Wirtschaftsprozess eingegliedert werden, ein Ziel, von dem wir heute noch recht weit entfernt sind. Eine Beamtenorganisation in dem von den Wirtschaftskreisen

behaupteten Sinn wird vom Deutschen Beamtenbund ohne einschließliche bekräftigt. Wenn seit Beendigung des Krieges das Reich, den Ländern und Gemeinden neue Aufgaben zugefallen sind, zu deren Erfüllung Beamte benötigt werden, so ist das die natürliche Folge einer Entwicklung, welche man die Beamtschaft nicht entgegen lassen kann. Die Verantwortung dafür tragen andere Stellen. Die Wirtschaftskreise, welche die Rundgebung erlassen haben, haben bis jetzt nicht die öffentlich behauptete starke Zustillation an Politikern und Soziologen in der Wirtschaft oder die Ausblähung in der Warenverteilung bewiesen.

Die Rundgebung kommt weiter auf die Steuerleistungen, die fälligen Reserven und Gewinne der Wirtschaftskreise zu sprechen, die eine aufmerksame Untersuchung verdienen. In einer vernünftigen, organischen Verwaltungsreform mitzuarbeiten, sei der Deutsche Beamtenbund bereit. Es wurden von ihm seit geraumer Zeit Vorarbeiten hierzu geleistet. Gehört aber müsse werden vor überspannten Hoffnungen, als ob eine solche Verwaltungsreform nun sofort Erparnisse größten Ausmaßes im Gefolge haben werde.

Professor Goetsch über deutsche Politik.

Keine Kriegsgesahr im Osten. Der bekannte deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Goetsch sagte in einer Unterhaltung mit den Vertretern einiger Pariser Blätter, daß die Politik des Reiches durch seinen Eintritt in den Völkerbund entschieden worden ist. Wenn man in Frankreich dem formellen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen nicht glauben wolle, so sei dies nur ein Vorwand für die Aufrechterhaltung der Befestigung. Die französische Regierung habe ihr Versprechen eines teilweisen Rückzuges der Truppen nicht eingehalten. Wenn man Deutschlands Bedürfnisse, so spreche man von der Sicherheit, aber wenn Deutschland sein Recht fordere, so bestie ein Unterschied. Niemand in Deutschland wüßte ein Ostlorenz. Der mit Polen abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag genüge vollkommen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen hätten sich seit der Wiederabnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen gebessert. Rußland näherte sich immer mehr dem Völkerbund und beteilige sich bereits wirksam an seinen Beratungen. Eine Kriegsgesahr drohe nicht im Osten, sondern viel mehr in der Spannung zwischen Frankreich und Italien. Hier wäre ein PactoACO sehr wünschenswert.